

Fraktion **direkt**

27 | 05. Dezember 2014

Zur Lage

Es geht um das Machbare

Nicht alles Wünschenswerte kann realisiert werden

Erst kommen die Menschen, dann das Land. Und erst am Ende kann es um Interessen von Einzelnen oder gar Parteien gehen. Dies ist einer der wichtigen Grundsätze, von denen sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion leiten lässt. Die Union betreibt keine ideologische Politik, sondern eine, die am Gemeinwohl orientiert ist – und zwar immer mit Blick auf die konkreten Herausforderungen der Zeit.

Was bedeutet das in unseren Tagen? Mit unserem Koalitionspartner sprechen wir fast täglich über die Umsetzung einzelner Projekte aus dem Koalitionsvertrag. Um es klar zu sagen: Wir sind vertragstreu. Bei der Umsetzung dürfen wir aber keine Scheuklappen anlegen. Die wirtschaftliche Realität ist heute eine andere als beim Abschluss des Koalitionsvertrags. Uns in Deutschland geht es zwar vergleichsweise gut. Doch erreichte uns in dieser Woche die Nachricht, dass die Industrie in der Euro-Zone nicht in Schwung kommt.

„Wir dürfen die Belastung der Wirtschaft nicht auf die Spitze treiben“

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns mehr denn je die Frage stellen, wie wir in Deutschland das erwirtschaften können, was an alle verteilt wird. Es ist also im Sinne aller, dass wir die Belastung der Wirtschaft nicht auf die Spitze treiben. Daher darf auch der Koalitionsvertrag nicht überdehnt werden. Wenn es um Projekte geht, die die Unternehmen und ihre Belegschaften belasten, darf es allenfalls eine Eins-zu-eins-Umsetzung geben. Natürlich müssen wir uns dabei im Klaren sein, dass es bei der Auslegung des Koalitionsvertrags immer wieder Interpretationsspielräume gibt.

Von diesem Grundsatz haben wir uns jetzt auch bei der Ausweitung der Familienpflegezeit leiten lassen. Die Stärkung der häuslichen Pflege ist ein Kernanliegen der Union.



Foto: Laurence Chaiperon

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Und sie ist auch ökonomisch richtig. Denn jeder Pflegebedürftige, der in Heimen versorgt wird, kostet die Gemeinschaft viel mehr, als wenn sich seine Angehörigen um ihn kümmern.

Aber nicht alle Betriebe sind in der Lage, auf Mitarbeiter zu verzichten, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen können. Daher mussten wir den Anspruch auf eine teilweise Auszeit auf die Mitarbeiter von größeren Betrieben begrenzen. Gesellschaftlich wäre eine großzügigere Lösung wünschenswert gewesen. Doch wir müssen uns auf das derzeit Machbare konzentrieren.

Es geht also immer darum, eine Balance zu finden, wann das Wünschenswerte auch machbar ist. Wenn die Union das richtig erklärt, verstehen dies auch die Wählerinnen und Wähler. Auf dem CDU-Parteitag in der kommenden Woche ist dazu Gelegenheit.

Volker Kauder

Es geht um das Machbare	1
Von den Besten lernen	2
Deutschland ist Magnet für Forscher aus aller Welt	3
Pflege und Beruf besser vereinbaren	4
Den deutschen Meisterbrief erhalten	5
„Die Länder müssen ihre Hausaufgaben machen“	6
Mehr Eigenverantwortung für Afrika	7
Übergriffe auf Gotteshäuser nicht hinnehmbar	8
Das christliche Menschenbild	8
Letzte Seite	9

Von den Besten lernen

Meisterbrief ist Qualitätssiegel



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der deutsche Meisterbrief ist ein Qualitätssiegel für unsere Wirtschaft, vor allem für unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen, die weltweit für ihre Produkte bekannt sind und diese erfolgreich verkaufen. Während viele EU-Staaten in den vergangenen Jahren durch die Wirtschafts- und Finanzkrise ins Straucheln geraten sind, mit Arbeitslosigkeit, Firmeninsolvenzen und sinkender Produktivität zu kämpfen haben, kann das deutsche Handwerk ungebrochen überzeugen.

Es wäre das falsche Signal, unsere nationalen Berufsvorschriften zu lockern, um damit vermeintlich den europäischen Binnenmarkt offener für Handwerker anderer Länder zu gestalten. Eine Absenkung unserer hohen Standards kann nicht der Weg zu noch mehr Mobilität sein, zumal wir damit unserem Mittelstand schaden würden. So wie der Mittelstand die deutsche Wirtschaft trägt, leistet die deutsche Wirtschaft einen wichtigen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Leistung der EU. Wir haben durch eine umfassende Anerkennung von Berufsqualifikationen der EU-Mitgliedstaaten längst einen Beitrag zur inner-europäischen Mobilität geleistet.

Zudem sorgen die von Meistern geführten Handwerksbetriebe in Deutsch-

land dafür, dass junge Menschen eine Ausbildung und zahlreiche berufliche Perspektiven erhalten. Der Meisterbrief ist auch ein Garant für eine hohe Qualität der Ausbildung. Unsere duale Ausbildung ist inzwischen zu einem echten Exportschlager in all jenen Ländern geworden, die mit hoher Jugendarbeitslosigkeit kämpfen. Längst wurden bilaterale Abkommen etwa mit Spanien, Italien, Portugal abgeschlossen, um diese Länder beim Aufbau dualer Ausbildungssysteme zu unterstützen. Selbst Schweden, das sonst nicht zu den Sorgenkindern der EU gehört, kämpft

mit hoher Jugendarbeitslosigkeit und versucht diese nun mit der dualen Ausbildung nach deutschem Vorbild einzudämmen.

Während der Staat die Berufsschulen stellt, sorgt die Wirtschaft, sorgen die Unternehmen dafür, dass die Auszubildenden neben der Theorie der Lehrbücher auch praktisch ihr Handwerk beherrschen. Der Meister gibt sein Wissen weiter, schult die jungen Menschen so, dass sie am Ende ihrer Ausbildungszeit dem Arbeitsmarkt als voll qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Darauf schauen inzwischen sogar Amerikaner und Kanadier mit einem gewissen Neid. Dort kommen die jungen Menschen mit einem Bachelor vom College, haben aber keine praktischen Erfahrungen sammeln können.

Vorbild in Europa

Deutschland ist mit seiner geringen Jugendarbeitslosigkeit ein Vorbild in Europa. Wir können unsere Erfahrungen an unsere europäischen Nachbarn weitergeben. Es ist in Deutschland und in Europa wichtig, dass die Jugend eine Jobperspektive hat. Außerdem braucht der Mittelstand gut qualifizierten Nachwuchs, um weiterhin erfolgreich zu arbeiten bzw. um wieder wirtschaftlich stark zu werden.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Deutschland ist Magnet für Forscher aus aller Welt

Mit neuer Hightech-Strategie Spitzenposition weiter ausbauen



© Péter Mács - Fotolia.com

Deutschland ist ein Magnet für Wissenschaftler und Forscher aus aller Welt. Die Zahl derer, die nach Deutschland kommen, hat sich seit dem Jahr 2006 um 60 Prozent erhöht. Damit sich dieser Trend fortsetzt, hat die Bundesregierung die neue Hightech-Strategie ins Leben gerufen. Bundesforschungsministerin Johanna Wanka stellte sie am Donnerstag dem Bundestag vor.

Für mehr Dynamik im Mittelstand

Ziel dieser novellierten Hightech-Strategie ist laut Wanka, Wachstum und Wohlstand in Deutschland weiter zu befördern. Sie bietet nicht nur Chancen für ausgesprochene Wachstumsbranchen, sondern rege auch die Innovationsdynamik des deutschen Mittelstands an, sagte die Ministerin. „Es ist Kern unserer Politik, für die kleinen

und mittleren Unternehmen in diesem Land Sorge zu tragen.“ Gleichzeitig machte sie darauf aufmerksam, wie sehr die Digitalisierung Innovationen bedinge und beschleunige. Deshalb seien in diesem Jahr zwei große Kompetenzzentren für Big Data eingerichtet worden. Zudem habe man erhebliche Mittel für den Bereich Mikroelektronik bereitgestellt.

Milliarden für die Forschung und Innovation

Auch die Zukunft des Arbeitsmarkts spielt in der Strategie eine wichtige Rolle. In den kommenden Jahren werde mehr als eine Milliarde Euro in die Arbeitsforschung fließen, kündigte Wanka an. In diesem Bereich „braucht man aber keine dicken Bücher“, sagte die Ministerin. Wichtiger seien praxisnahe Studien in mittelständischen Betrieben.

Der zuständige Berichterstatter Stefan Kaufmann betonte: „Was wir nicht im Boden haben, müssen wir in den Köpfen haben.“ Viele Länder begannen sogar damit, die deutsche Hightech-Strategie zu kopieren – beispielsweise Frankreich oder die USA. „Schon aus diesem Grund dürfen wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen“, mahnte er. Es sei daher richtig, noch in diesem Jahr elf Milliarden Euro in die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu investieren.

Hightech-Strategie

Die Hightech-Strategie, die 2006 von der unionsgeführten Bundesregierung ins Leben gerufen wurde, dient dazu, wissenschaftlichen Erkenntnissen einen schnellen Weg in die Anwendung zu bahnen. Sie konzentriert sich auf Forschungsthemen, die von besonderer Relevanz für die Gesellschaft sowie die Stärkung der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit Deutschlands sind: von der digitalen Wirtschaft über nachhaltige Energie bis zur innovativen Arbeitswelt, vom gesunden Leben über die intelligente Mobilität bis zur zivilen Sicherheit. Allein 2014 investiert die Bundesregierung elf Milliarden Euro in die Innovationsstrategie.

Dass die Hightech-Strategie Wirkung entfaltet, belegt eine Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI). Allein der Wettbewerb der Spitzencluster – eines der Instrumente neben der Exzellenzinitiative und dem Pakt für Forschung und Innovation – habe die Wirtschaftskraft Deutschlands erheblich verbessert. 900 Innovationen, 300 Patente, 450 Dissertationen und Habilitationen, 1.000 Bachelor- und Masterarbeiten sowie 40 Unternehmensgründungen seien die erste Bilanz, schrieb das RWI.

Deutschlands 15 Spitzencluster gehörten zur Spitze der europäischen Innovationsregionen. Das Themenspektrum umfasse unterschiedlichste Technologien, von individualisierter Medizin über Logistikdienstleistungen und Automatisierungstechnik bis hin zu Bioökonomie und Flugzeugbau. Die Projekte werden mit rund 1,2 Milliarden Euro gefördert, wobei die Hälfte von der Wirtschaft aufgebracht wird.

In dieser Legislaturperiode sollen neue Instrumente eingesetzt werden, um den Transfer von Ideen in die Umsetzung weiter zu verbessern. So werden Fachhochschulen gestärkt, Spitzencluster und vergleichbare Netzwerke sollen sich stärker international orientieren. Wirtschaft und Wissenschaft werden mit Unterstützung der Bundesregierung in zahlreichen Kooperationsprojekten zusammenarbeiten. Die Umsetzung der neuen Strategie soll von einem „Hightech-Forum“ überwacht werden, in dem zentrale Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft vertreten sind.

Pflege und Beruf besser vereinbaren

Bundestag beschließt flexible Regelungen für Beschäftigte – Interessen kleiner Betriebe berücksichtigt

Arbeitnehmer können die Pflege von nahen Angehörigen zu Hause künftig besser mit dem Beruf vereinbaren. Der Bundestag verabschiedete am Donnerstag ein Gesetz, das ihnen eine zehntägige, bezahlte Auszeit vom Job ermöglicht, um die Pflege eines erkrankten Angehörigen zu organisieren. Darüber hinaus können Beschäftigte sechs Monate komplett und bis zu 24 Monate teilweise aus dem Beruf aussteigen, um sich um pflegebedürftige Angehörige zu kümmern. Letzteres gilt allerdings nur für Betriebe mit mehr als 25 Mitarbeitern.

Die Unionsfraktion hat in Verhandlungen mit dem Koalitionspartner dafür gesorgt, dass die Balance zwischen den Interessen der Arbeitnehmer einerseits und der kleinen und mittleren Betriebe andererseits gewahrt wird. So haben Berufstätige ab dem 1. Januar 2015 mehr Zeit und eine bessere finanzielle Absicherung, wenn sie schwerkranke Angehörige pflegen. Kleine Handwerksbetriebe etwa, die den Ausfall eines Mitarbeiters schwerer verkraften können als große Unternehmen, werden geschützt.

Anspruch auf zinsloses Darlehen

Mit der zehntägigen Pflegeauszeit wird verhindert, dass sich Beschäftigte wie bisher vom Arzt krankschreiben lassen. Sie erhalten in diesen zehn Tagen eine Lohnersatzleistung analog zum Kinderkrankengeld. Unbezahlt bleibt weiterhin die sechsmonatige Auszeit vom Beruf, wenn zu Hause ein pflegebedürftiger Angehöriger versorgt werden muss. Arbeitnehmer sind in dieser sogenannten Pflegezeit aber weiterhin sozialversichert. Und sie haben Anspruch auf ein zinsloses Darlehen vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA).

Auf die sogenannte Familienpflegezeit, die bislang mit dem Arbeitgeber ausgehandelt werden musste, ha-



ben die Arbeitnehmer ab Januar einen Rechtsanspruch. Bis zu 24 Monate können sie ihre Arbeitszeit auf 15 Stunden reduzieren – dies allerdings nur, wenn sie in einem Betrieb mit mehr als 25 Mitarbeitern angestellt sind. Zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts können die Beschäftigten ebenfalls ein zinsloses Darlehen bekommen. Die Höchstdauer der Pflege darf 24 Monate nicht überschreiten, auch nicht bei einer Kombination aus komplettem sechsmonatigem Ausstieg und Reduzierung auf Teilzeit.

Definition des „nahen Angehörigen“ erweitert

Der Begriff des nahen Angehörigen wurde im Gesetz maßvoll erweitert. Während er zuvor nur Ehepartner, Eltern und Kinder umfasste, bezieht er jetzt Stiefeltern, Schwägerinnen und Schwager sowie lebenspartnerschaftsähnliche Gemeinschaften in die Definition ein. Ebenfalls neu eingeführt wird ein Rechtsanspruch zur Beglei-

tung naher Angehöriger kurz vor deren Tod und zur Betreuung pflegebedürftiger Kinder.

Die Pflege ist für die Union ein wichtiges Thema. Denn in Deutschland leben rund 2,6 Millionen pflegebedürftiger Menschen, von denen zwei Drittel zu Hause betreut werden. Es waren unionsgeführte Regierungen, die in den Jahren 2008 und 2012 die Pflegezeit über sechs Monate Auszeit und die Familienpflegezeit über 24 Monate Teilzeit eingeführt haben. Die Weiterentwicklung und Zusammenführung beider Konzepte war nun aus ihrer Sicht notwendig. Für die Arbeitskräfte ergibt sich daraus der große Vorteil, dass sie für die Pflege naher Angehöriger nicht mehr ihre Erwerbsarbeit aufgeben müssen. Auch die Gesellschaft profitiert davon: Beiträge zur Pflegeversicherung bleiben niedrig, weil häusliche Pflege immer noch kostengünstiger ist als stationäre Pflege.

Den deutschen Meisterbrief erhalten

Bundestag debattiert über Antrag der Koalition – System der Handwerksberufe hat sich bewährt



© contrastwerkstatt - Fotolia.com

Das deutsche Handwerk mit seinen 5,3 Millionen Erwerbstätigen ist eine tragende Säule des deutschen Mittelstandes. Meisterbetriebe liefern Qualitätsware „Made in Germany“ und bilden Jugendliche praxisnah aus. Um den europäischen Binnenmarkt für Handwerker durchlässiger zu machen, dringt die EU-Kommission darauf, die nationalen Berufsvorschriften zu lockern. Doch die Koalition will an dem bewährten System der zulassungspflichtigen Handwerksberufe in Deutschland festhalten.

Über einen entsprechenden Antrag zum deutschen Meisterbrief debattierte am Freitag der Bundestag. Darin heißt es, die zulassungspflichtigen Handwerksberufe stellen „kein Hindernis für die Mobilität von Selbstständigen und abhängig Beschäftigten im Binnenmarkt“ dar. Bereits jetzt sei durch die modernisierte EU-Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen ein angemessener Marktzugang für Handwerker aus anderen EU-Ländern gewährleistet. Sei der Berufszugang im Herkunftsstaat des Handwerkers klar geregelt, so könne dieser sein Gewerbe auch in einem anderen EU-Land ausüben. Bestehe keine Reglementierung im Her-

kunftsland, reiche der Nachweis einer zweijährigen Ausübung des Berufs für die Anerkennung.

Kein Hindernis für den EU-Binnenmarkt

Die Koalition sprach sich dafür aus, die von der EU-Kommission in die Wege geleitete Überprüfung der nationalen Berufsregelungen „aktiv, aber dennoch kritisch“ zu begleiten. Grundsätzlich begrüßt sie es, dass im europäischen Binnenmarkt Transparenz über bestehende Reglementierungen geschaffen werde. Sie teilt aber nicht die Einschätzung der Kommission, dass die Vorschriften als solche eine Barriere für den Binnenmarkt und ein Hemmschuh für die Wirtschaft seien. Außerdem würden die Berufe in Deutschland im europaweiten Vergleich nicht überdurchschnittlich reglementiert.

Bereits 2004 hatte es unter Rot-Grün in Deutschland eine Handwerksnovelle gegeben. Damals wurden 53 zulassungspflichtige Gewerke zulassungsfrei. Die Hoffnung auf mehr Existenzgründungen, Beschäftigung und Umsatz erfüllte sich jedoch nicht.

Duales System als Exportschlager

Daher möchte die Koalition das bestehende System der zulassungspflichtigen Handwerksberufe stärken. Es leiste einen „wichtigen Beitrag zur Sicherung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Mittelstands, zum Verbraucherschutz, zur Qualifizierung junger Menschen im Rahmen des Systems der dualen Ausbildung, zur Integration bildungsfernerer Schichten in den Arbeitsmarkt“, schreiben die Koalitionspartner.

Gerade das System der dualen Ausbildung in Betrieb und Berufsschule trägt dazu bei, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland im europaweiten Vergleich so niedrig ist. Das System ist inzwischen sogar zu einem Exportschlager geworden. Ausbilden darf nur, wer den Meisterbrief in der Tasche hat. Der Meisterbrief wiederum ist Zugangsvoraussetzung zu den 41 nach der Handwerksordnung reglementierten Berufen – vom Augenoptiker über den Dachdecker bis zum Friseur, vom Fleischer über den Klempner bis zum Schornsteinfeger. In der Meisterschule werden neben fachlichen auch betriebswirtschaftliche, kaufmännische und rechtliche Kenntnisse vermittelt.

„Die Länder müssen ihre Hausaufgaben machen“

Thomas Strobl über die Unterbringung von Flüchtlingen und Finanzierungshilfen vom Bund



Foto: Laurence Chaperon

Thomas Strobl
Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, war in diesem Jahr so groß wie schon lange nicht mehr. Dass der Flüchtlingsstrom in den nächsten Jahren abnehmen wird, ist angesichts der vielen Krisenherde auf der Welt nicht zu erwarten. Daher unterstützt der Bund nun die Länder, damit diese die Kosten für Unterbringung und andere Leistungen besser schultern können. Über die Problematik sprach „Fraktion direkt“ mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Thomas Strobl.

Herr Strobl, es wird geschätzt, dass in diesem Jahr 200.000 Asylanträge in Deutschland gestellt werden. Reicht die eine Milliarde Euro aus, mit der der Bund die Länder 2015 und 2016 unterstützen will?

Strobl: Die Union lässt die Städte und Landkreise angesichts der hohen Flüchtlingszahlen nicht im Regen stehen, sondern hilft ihnen konkret. Ich bin überzeugt, dass die großzügige Hilfe des Bundes in Gestalt von zwei Tranchen von je 500 Millionen Euro in den Jahren 2015 und 2016 ausreicht, um Ländern und Kommu-

nen zu helfen. Aber ich sage offen: Auch die Länder selbst müssen ihre Hausaufgaben besser machen, damit das Asylsystem effektiver wird. Der Bund schafft in diesem und im nächsten Jahr 650 neue Stellen, um die Asylverfahren zu beschleunigen. Wir haben gesetzlich geregelt, dass Asylanträge aus den sicheren Herkunftsstaaten Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina schneller entschieden werden. Die Länder müssen aber deutlich mehr abgelehnte Asylbewerber abschieben.

„Hilfsbereitschaft der Bürger erhalten“

Wie ist die Situation bei den Abschiebungen?

Strobl: Letztes Jahr wurde noch nicht einmal jeder zehnte Ausreisepflichtige zurückgeführt. 130.000 Ausländer waren 2013 ausreisepflichtig, aber nur 10.000 wurden abgeschoben. Wenn ein Asylantrag abgelehnt wurde und auch aus sonstigen Gründen kein Aufenthaltsrecht besteht, müssen die abgelehnten Bewerber in ihre Heimatländer zurückkehren. Daran führt kein Weg vorbei. Denn es muss einen Unterschied machen, ob man sich legal in Deutschland aufhält oder zur Ausreise verpflichtet ist. Wichtig ist der Wille der Länder und vor allem der SPD-Innenminister in den Ländern, bestehende Gesetze auch anzuwenden. Von den acht Ländern, die am wenigsten abschieben, haben sieben einen SPD-Innenminister.

Die enorme Hilfsbereitschaft unserer Bürgerinnen und Bürger werden

wir dauerhaft nur dann erhalten, wenn den tatsächlich Verfolgten geholfen wird und die Wirtschaftsflüchtlinge in ihre Länder zurückkehren. Der Ansatz der Grünen etwa, dass einfach alle bleiben dürfen, die nach Deutschland kommen – egal, ob verfolgt oder nicht –, geht in die völlig falsche Richtung.

Der Bund will den Ländern auch ungenutzte Gebäude kostenfrei zur Verfügung stellen, um Asylbewerber unterzubringen. Um welche Gebäude handelt es sich?

Strobl: Das sind Gebäude des Bundes im ganzen Land. Zum Beispiel hat die Bundeswehr in Bayern Teile von Kasernen zur Verfügung gestellt, damit dort Flüchtlinge zeitweise untergebracht werden können.

Die Flüchtlinge, die hier ankommen, sind oft traumatisiert. Sie brauchen dringend medizinische Versorgung. Wie wird das geregelt und wer zahlt dafür?

Strobl: Zunächst möchte ich für Differenzierung werben: Ja, wer aus Bürgerkriegsländern wie Syrien kommt, wer vor der Terrormiliz „Islamischer Staat“ aus dem Nordirak flieht, bedarf unserer Hilfe, auch der medizinischen. Diese Menschen haben Schreckliches erlebt. Was aber oft vergessen wird: Die meisten Asylbewerber kommen gar nicht aus diesen Ländern. Vom Balkan sind in diesem Jahr 45.000 Bewerber gekommen, die Anerkennungsquote tendiert gegen Null.

Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten Asylbewerber bis zum Ablauf einer Wartefrist eingeschränkte Gesundheitsleistungen, für die Länder und Kommunen zahlen. Das ist auch richtig so, denn die Gemeinschaft der Versicherten kann dies nicht zusätzlich übernehmen.

Mehr Eigenverantwortung für Afrika

Fachgespräch der CDU/CSU-Fraktion zur Sicherheitspolitik

Afrika ist für Deutschland und Europa ein bedeutender Partner – auch aus sicherheitspolitischer Perspektive. Das Interesse daran, dass die Sicherheitsprobleme auf dem Nachbarkontinent gelöst werden, ist groß. Dabei setzt die Staatengemeinschaft immer mehr auf die Eigenverantwortung der afrikanischen Staaten. Die Unionsfraktion stellte Frieden und Sicherheit in Afrika in den Mittelpunkt eines Fachgesprächs, das am Mittwoch in Berlin stattfand. „Wir müssen den afrikanischen Partnern auf Augenhöhe begegnen“, mahnte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andreas Schockenhoff, der zu dem Fachgespräch eingeladen hatte, sagte: „Afrika ist nicht länger nur Ziel europäischer Politik, sondern es ist auch ein Akteur, der an Bedeutung gewinnt.“ Diese Feststellung wurde von Michelle Ndiaye Ntab, Direktorin des Africa Peace and Security Programme an der Universität von Addis Abeba und eine der Gäste auf dem Podium, aufgegriffen: „Lassen Sie uns nicht über Afrika sprechen, sondern mit Afrika.“

Neue Bedrohungen

Die Sicherheitsbedrohungen, von denen Afrika in jüngster Zeit geplagt wird, sind laut Ndiaye Ntab organisierte Kriminalität, Piraterie, Terrorismus und religiöser Extremismus. Auch Annette Weber von der Stiftung Wissenschaft und Politik merkte an, dass Afrika weniger Schauplatz zwischenstaatlicher Kriege sei. Die neue Art von Konflikten könne aber nicht mehr allein national gelöst werden, sondern nur noch regional und international.

Beide Expertinnen maßen regionalen afrikanischen Organisationen sowie der Afrikanischen Union (AU) eine große Bedeutung bei der Vorbeugung und Bewältigung von Krisen bei. Die notwendigen Instrumente bis hin zu einem guten Frühwarnsystem seien vorhanden. Wichtig sei jedoch,



Andreas Schockenhoff mit Gästen auf dem Podium

Foto: Steven Rösler

dass die Erkenntnisse schneller politisch umgesetzt und die vorhandenen Fähigkeiten früher eingesetzt würden.

AU spielt zunehmend wichtige Rolle beim Krisenmanagement

Auch der Wissenschaftler Andrews Atta-Asamoah vom Institute for Security Studies in Pretoria bescheinigte der AU eine hohe Konfliktlösungskompetenz. Einst sei sie ein „Club von Diktatoren“ gewesen, doch nun spiele sie eine große Rolle, wenn es um Diplomatie, Vermittlung und Krisenmanagement gehe. Auch bei Friedensmissionen nehme ihre Kapazität mehr und mehr zu.

Annette Weber und Tobias von Gienanth vom Zentrum für Internationale Friedenseinsätze erinnerten daran, dass Afrika nicht nur der größte Konfliktherd sei, sondern auch die meisten Sicherheitskräfte zur Lösung der Konflikte abstelle. So finden 80 Prozent aller UN-Friedenseinsätze in Afrika statt. Aber auch mehr als ein Drittel der Soldaten in UN-Blauhelmissionen kommen aus afrikanischen Staaten. „Afrika stellt inzwi-

schen erhebliche Fähigkeiten“, sagte von Gienanth.

Allerdings fehle es an Geld. Afrikanische Organisationen würden auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, ihre Missionen selbst zu bezahlen, befürchtete er. Atta-Asamoah wiederum erinnerte daran, dass es auch für die internationalen Partner Afrikas von Vorteil sei, wenn die afrikanischen Organisationen die Sicherheitsbelange des Kontinents selbst in die Hand nähmen. Allein durch die räumliche Nähe der Missionen könnten hier eine Menge Kosten eingespart werden.

Ein Mittel, um Afrika zur Eigenständigkeit bei der Krisenbewältigung zu verhelfen, ist laut Thorsten Kähler die militärische Ausbildungshilfe. Kähler, der im Verteidigungsministerium für sicherheitspolitische Angelegenheiten zuständig ist, nannte als Voraussetzung für den Erfolg der Partnerschaft politische Kooperationswilligkeit und institutionelle Kooperationsfähigkeit der afrikanischen Staaten. „Es ist wichtig, dass wir zuhören, was unsere afrikanischen Partner brauchen“, sagte er.

Übergriffe auf Gotteshäuser nicht hinnehmbar

Unionsfraktion eröffnet Gesprächsreihe „Mit Religion im Dialog“

Das Terrornetzwerk „Islamischer Staat“ treibt sein Unwesen hauptsächlich in Syrien und im Irak. Doch seine menschenverachtende Ideologie hat inzwischen auch Deutschland und Europa erreicht. Hier geraten labile Jugendliche in die Fänge der Fundamentalisten, von hier aus ziehen sie in den Dschihad. Aus diesem Anlass hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Vertreter der christlichen Kirchen und der großen Religionsgemeinschaften in Deutschland erstmals zu einem politischen Dialog an einen Tisch geholt.

Unter der Leitung des kirchen- und religionspolitischen Sprechers der Fraktion, Franz Josef Jung, und der integrationspolitischen Sprecherin Cemile Giousouf trafen in der vergangenen Woche Vertreter der beiden großen christlichen Kirchen, der Evangelischen Allianz, des Zentralrates der Juden, der altorientalischen Kirchen, der muslimischen Verbände und Strömungen sowie der Aleviten zusammen.

Das Treffen eröffnete die Gesprächsreihe „Mit Religion im Dialog“, mit der aktuelle politische, gesellschaftliche und ethische Themen aus den unterschiedlichen Perspektiven

der christlichen Kirchen und der Religionsgemeinschaften beleuchtet werden sollen. Beim ersten Dialogforum ging es um die Konflikte und religiös-ideologischen Auseinandersetzungen, die sich scheinbar weit weg von uns abspielen, aber auf Deutschland überzugreifen drohen.

Solidarität mit betroffenen Gemeinden

Sichtbar werden diese Konflikte beispielsweise in der zunehmenden Zahl von Übergriffen auf religiöse Bauten und Einrichtungen wie Kirchen, Synagogen und Moscheen. Gerade die jüdischen Gemeinden leiden unter permanenten Drohungen und Gewalt. Ebenso besorgniserregend ist die Zunahme von Gewalt gegen Moscheen. Dieser Entwicklung müsse man gemeinsam mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften energisch entgegenreten, forderten Jung und Giousouf.

Bei dem Treffen erklärten die beiden Fraktionsbeauftragten ihre Solidarität mit den betroffenen Gemeinden. Gewalt gegen Gotteshäuser richtet sich gegen alle und gegen die Werte

der Demokratie in unserem Land, sagten Jung und Giousouf. Mit dieser Problematik eng verknüpft sei das Menschenrecht auf Religionsfreiheit, das nicht überall auf der Welt gewahrt wird.

Einsatz für Religionsfreiheit

Religionsfreiheit und der Kampf gegen Christenverfolgung ist für die Unionsfraktion ebenfalls ein zentrales Anliegen. Die Gesprächsteilnehmer waren sich einig, dass gegenseitige Solidarität und Zusammenhalt noch offener demonstriert werden müssen. Für die Wahrung der Demokratie, des friedlichen Zusammenlebens und der Freiheit müsse man noch enger zusammenrücken.

Die Fraktion, für die das christliche Menschenbild Basis ihrer wertorientierten Politik ist, erhofft sich von der Gesprächsreihe Anregungen und Impulse. Christliche Kirchen und Religionsgemeinschaften leisten als Wertevermittler einen unschätzbaren Beitrag für den Zusammenhalt der Gesellschaft.

„Das christliche Menschenbild und unsere Politik“

Neue Broschüre der Fraktion

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist das christliche Menschenbild die Richtschnur ihres politischen Handelns. Es gibt nicht nur entscheidende Impulse für die Gesellschaftspolitik der Fraktion, sondern es leitet auch die Abgeordneten dazu an, sich für die Verteidigung der Religionsfreiheit weltweit einzusetzen.

Eine neue Broschüre mit dem Titel „Das christliche Menschenbild und unsere Politik“ erläutert, was christliche Verantwortung für die Fraktion bedeutet. Neben Veröffentlichungen des Fraktionsvorsitzenden Volker

Kauder enthält sie Beiträge der CSU-Landesgruppenvorsitzenden Gerda Hasselfeldt sowie weiterer Abgeordneter, die sich aufgrund ihrer Funktion vertieft mit den Aspekten christlicher Verantwortung in der Politik befassen.

Die Broschüre kann unter fraktion@cducsu.de bestellt werden und steht unter www.cducsu.de/publikationen zum Download bereit.



Foto: Julia Nowak

Neue Perspektiven schaffen

Tag der Menschen mit Behinderung

Für Menschen mit Behinderungen hat sich in den vergangenen Jahren vieles verbessert, doch eine Menge bleibt noch zu tun. Zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen am Mittwoch führte der Deutsche Bundestag eine vereinbarte Debatte über die Situation der Betroffenen. Der Beauftragte für Menschen mit Behinderungen der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Uwe Schummer, äußerte die Erwartung, dass mit der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im nächsten Jahr strukturelle Hindernisse für die Teilhabe Behinderter am gesellschaftlichen Leben abgebaut werden.

Nach dem Willen der Unionsfraktion soll mit diesem Gesetz die bisherige – vom Fürsorgegedanken geprägte – Eingliederungshilfe in ein modernes Leistungsrecht für Menschen mit Behinderungen überführt werden. Eingliederungshilfen sind bislang Teil der Sozialhilfe und sollen die Teilhabe an der Gesellschaft fördern. Allerdings sind sie meist an Wohnheime, Tagesstätten oder Werkstätten gebunden. Umfassende Teilhabe bedeutet jedoch für die Union, Menschen mit Behinderungen mehr Möglichkeiten zu geben, ihr Leben auch außerhalb von Einrichtungen zu organisieren. Dazu gehören etwa betreute Wohngemeinschaften oder unterstützte Arbeitsplätze in Betrieben des ersten Arbeitsmarktes. Für die Reform gilt der Grundsatz: So viel Teilhabe wie möglich, so viel Unterstützung wie nötig.

So sollen insbesondere Kinder und Jugendliche mit Behinderungen gleichgestellt und aus dem Fürsorgesystem herausgeführt werden. Heute erhalten Kinder mit einer seelischen



Foto: picture alliance / dpa-Themendienst

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducsu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.cducsu.de/veranstaltungen

16. Dezember 2014 Vorweihnachtliche Feier der CDU/CSU-Fraktion im Tipi

Behinderung ihre Leistungen zur Teilhabe über die Kinder- und Jugendhilfe. Kinder mit einer körperlichen Beeinträchtigung fallen jedoch unter die Sozialhilfe. Die Ursache der Behinderung darf aus Sicht der Union keine Rolle bei der Entscheidung spielen, welche Leistungen gezahlt werden. Kinder sind in erster Linie Kinder, egal ob sie eine Behinderung haben oder nicht. Deswegen ist eine stärkere Verzahnung der Kinder- und Jugendhilfe mit einem modernen Teilhabe-recht ein zentrales Ziel der Union.

Entschädigungsfonds blockiert

Kurz vor dem Internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen haben

die Bundesländer ein verstörendes Signal an die Opfer von Gewalt in Einrichtungen der Behindertenhilfe und Psychiatrie gesendet. Der von der Bundesregierung beschlossene Entschädigungsfonds wurde von der Arbeits- und Sozialministerkonferenz Ende November mehrheitlich abge-wiesen. „Für die Betroffenen ist das ein Schlag ins Gesicht“, erklärte Schummer. „Auch sie haben – genau wie ihre Leidensgenossen in Heimen der Kinder- und Jugendhilfe – großes Unrecht erfahren, warten aber schon seit Jahren auf entsprechende Entschädigungszahlungen.“ Die Unionsfraktion erwartet eine schnelle Lösung, damit die Betroffenen zeitnah entschädigt werden.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducsu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducsu.de/ff



www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducsu



twitter.com/cducsu